

greifen und wieder etwas Größeres aufzubauen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss dankt dem Petenten für die Eingabe.

Der Ausschuss spricht sich gegen den beantragten Beschluss aus.

Die darüber hinaus gehenden Vorschläge zur Straßenbenennung nimmt der Ausschuss dankend zur Kenntnis und bittet die Verwaltung um Prüfung des Vorschlages. Eine Projektpartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Dnipro wurde initiiert.

Den Vorschlag für die Vorgabe bei der Neugründung von Städtepartnerschaften nimmt der Ausschuss gleichfalls dankend zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**2.3 Bürgereingabe nach § 24 GO - Verbesserung der App Sag's uns und Aufbau eines Hinweis- und Beschwerdeportals  
2248/2022**

Herr Derichsweiler erklärt, der Petent müsse sich entschuldigen, die Beschlussvorlage der Verwaltung finde aber seine Zustimmung. Anschließend erläutert Frau Hasenberg die Verwaltungsvorlage.

Der Ausschuss sieht die App „Sag's uns“ positiv und bedankt sich für die weitere Fortentwicklung. Er bittet gleichzeitig, die Bürger bei größeren Verzögerungen im Projekt frühzeitig zu informieren.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für die Eingabe.

Im Hinblick auf die Ausführungen der Verwaltung unterstützt der Ausschuss die Optimierung der „App Sag's uns“ sowie die Einführung des „Universal Messengers“, einer gesamtstädtischen zentralen Beschwerdemanagement-Software zum Aufbau eines gesamtstädtischen Beschwerdemanagements.

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein besonderes Augenmerk auf die Verknüpfung der beiden Instrumente zu legen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**2.4 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Uns Bürger\*innen stinkt's" Aktenzeichen  
66/22 B  
1695/2022**

Der Petent stellt seine Eingabe vor und begründet diese.

Herr Kleimann erläutert die Verwaltungsvorlage und legt u.a. dar, dass am 24. August eine Informationsveranstaltung stattgefunden habe. 60 Bürger hätten teilgenommen.

Dier Hälfte sei vom Bürgerverein gewesen, die andere Hälfte sei unorganisiert gewesen. Die Veranstaltung habe seiner Ansicht nach zur Aufklärung beigetragen. Eine vergleichbare Veranstaltung sei für die nächste Planungsphase in ca. einem Jahr geplant.

Auf Nachfrage erklärt er weiter, auch in Hürth-Knapsack werde auf dem Gelände der RWE eine vergleichbare Verbrennungsanlage gebaut. Dort sollen Klärschlämme aus dem niederrheinischen Bereich zwischen Mönchengladbach und Aachen verbrannt werden. Diese Verbrennungsanlage sei aber nicht mit der Bahn erreichbar und erfordere daher den Einsatz von LKW.

Schließlich führt er ebenfalls auf Nachfrage aus, dass der Prozess innerhalb der Verbrennungsanlage ohne Energiezufuhr laufe, lediglich der Anfachvorgang erfordere Energie. Die Anlage produziere einen Energieüberschuss.

Im Rahmen des anschließenden Meinungsaustauschs erkennt der Ausschuss an, dass der Petent den Kölner Norden entlasten will, äußert aber folgende Kritikpunkte:

- Die Fernwärme müsse weiterhin bereitgestellt werden.
- Die Klärschlammverbrennung fördere die Gasunabhängigkeit.
- Verbrannt würden nur 37 t, der Rest sei Wasser.
- Es gebe keine Luftbelastung, sondern die Luft würde zu 96% entlastet.
- Aschetransporte würden nicht mit LKW, sondern durch die Bahn transportiert werden, was eine große Entlastung für Merkenich und ganz Köln sei.
- Aus gesamtstädtischer Sicht sei festzustellen, dass auch durch den Flughafen, den Großmarkt und den Hafen Belastungen entstünden.
- Die Stadtentwässerungsbetriebe und die RheinEnergie hätten die Bürger frühzeitig informiert und auf Entlastungen hingewiesen. Hingegen sei die Kommunikation der Bürgerinitiative unangemessen. Man wünsche sich eine sachliche und konstruktive Diskussion.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden bedankt sich für die Bürgereingabe und empfiehlt das Begehren aufgrund der dargelegten Gründe abzulehnen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Bei Enthaltung der Linken einstimmig beschlossen.

## **2.5 Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW bezüglich strategischer Maßnahmen zur Reduzierung des Fachpersonalmangels in der ambulanten und stationären Kinderkrankenpflege bei den Kliniken der Stadt Köln sowie bei ambulanten Trägern 2505/2022**

Die Petentinnen stellen ihre Eingabe vor. Anschließend erläutern Herr Wittek und Frau Boolke die Verwaltungsvorlage.

Im Rahmen des sich anschließenden Meinungsaustauschs begrüßt der Ausschuss die Eingabe, weil dadurch Arbeitgeber und politische Gremien sensibilisiert würden und bittet, die Beschlussvorlage sowie die von den Petentinnen zur Verfügung gestellte PowerPoint-Präsentation auch dem Gesundheitsausschuss zur Kenntnis zu geben.